

DOKUMENTATION UND ANALYSEN

Die saarländische Landtagswahl vom 25. März 2012: Von Jamaika zur Großen Koalition

Jürgen R. Winkler

Im Saarland hatte sich in den ersten beiden Jahrzehnten nach seiner Eingliederung in die Bundesrepublik schnell ein hoch konzentriertes symmetrisches Parteiensystem mit zwei Großparteien herausgebildet¹. Bis Mitte der 1970er Jahre steigerte die CDU ihren Stimmenanteil bei den Landtagswahlen zunächst kontinuierlich bis auf 49,2 Prozent. Dem rapiden Aufstieg folgte in den 1980er Jahren jedoch ein drastischer Niedergang. Bei drei aufeinanderfolgenden Landtagswahlen erlitt sie derart große Verluste, dass sie im Jahr der Vereinigung schließlich 21 Punkte hinter der seit 1955 unaufhaltsam erstarkenden SPD lag. Die schwere Krise in der Stahlindustrie und die sie begleitende hohe Arbeitslosigkeit hatten die Vormachtstellung der CDU an der Saar zunächst beendet. Als es der SPD 1985 erstmals gelang, die absolute Mehrheit der Mandate zu gewinnen, kam es zur Transformation in ein 14 Jahre von der Sozialdemokratie dominiertes asymmetrisches Parteiensystem. Erst Mitte der 1990er Jahre konnte *Klaus Töpfer* den Niedergang der CDU an der Saar stoppen und die Weichen für den Wiederaufstieg legen.

Nachdem die CDU bei den Landtagswahlen 1999 und 2004 überragende Resultate erzielen konnte², trübte sich die Stimmung für die CDU während der Großen Koalition im Bund auch an der Saar wieder deutlich ein. Die Beurteilung der Regierungsleistung durch die Bürger verschlechterte sich zunehmend, und auch das Bild des CDU-Ministerpräsidenten

- 1 Vgl. zur Struktur und Entwicklung des Parteiensystems im Saarland *Jürgen R. Winkler*, Das Parteiensystem des Saarlandes, in: *Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 369 – 386.
- 2 Vgl. zu den früheren Landtagswahlen im Saarland: *Jürgen W. Falter*, Faktoren der Wahlentscheidung. Eine wahlsoziologische Analyse am Beispiel der saarländischen Landtagswahl 1970, Köln u.a. 1973; *Adolf Kimmel*, Die saarländische Landtagswahl vom 4. Mai 1975. Erosion im sozialliberalen Bündnis?, in: ZParl, 6. Jg. (1975), H. 4, S. 498 – 508; *ders.*, Die saarländische Landtagswahl vom 27. April 1980. Gefährdung der „bürgerlichen“ Koalition?, in: ZParl, 11. Jg. (1980), H. 2, S. 222 – 237; *ders.*, Die saarländische Landtagswahl vom 10. März 1985: Zwei Verlierer, zwei Gewinner, ein Sieger oder: Der Wähler hat den Wechsel gewollt, in: ZParl, 16. Jg. (1985), H. 3, S. 322 – 337; *Eberhard Sandschneider*, Die saarländische Landtagswahl vom 28. Januar 1990: Ein Sieg der SPD ohne bundespolitische Signalwirkung, in: ZParl, 21. Jg. (1990), H. 3, S. 418 – 429; *Jürgen R. Winkler*, die saarländische Landtagswahl vom 16. Oktober 1994: Bestätigung der SPD-Mehrheit, Debakel der FDP, in: ZParl, 26. Jg. (1995), H. 2, S. 249 – 261; *ders.*, Die saarländische Landtagswahl vom 5. September 1999. Die CDU erhält die Macht zurück, in: ZParl, 31. Jg. (2000), H. 1, S. 28 – 42; *ders.*, Die saarländische Landtagswahl vom 5. September 2004. Vom Zwei- zum Vierparteiensystem mit einer dominanten CDU, in: ZParl, 36. Jg. (2005), H. 1, S. 19 – 35; *ders.*, Die saarländische Landtagswahl vom 30. August 2009: Auf dem Weg nach Jamaika, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 394 – 409; siehe des Weiteren die seit 1980 erscheinenden Landtagswahlanalysen der Forschungsgruppe Wahlen e. V. (jeweils im selben Jahr in Mannheim erschienen).

ten *Peter Müller* begann stark zu bröckeln. Der Wandel des Meinungsklimas und der politischen Einstellungen bescherte der CDU bei der Landtagswahl am 30. August 2009 schließlich einen dramatischen Stimmeneinbruch, der zur ersten so genannten Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen in der Bundesrepublik führte.

1. Die Ausgangslage

Die anfängliche Euphorie im neuen Kapitel der deutschen Parteiengeschichte verflog allerdings schnell. Abgesehen vom Nichtraucherschutz wurden die im Koalitionsvertrag angesprochenen Vorhaben kaum angegangen. Öffentlich wahrgenommen wurden stattdessen Skandale und Streitereien. Nachdem der amtsmüde Ministerpräsident im Januar 2011 seinen Wechsel an den Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts angekündigt hatte und damit das Scharnier der schwarz-gelb-grünen-Koalition wegbrach, zeigten sich erste Risse im Jamaika-Projekt. *Müllers* Nachfolge trat am 10. August 2011 *Annegret Kramp-Karrenbauer* an. Dass sie erst im zweiten Wahlgang zur ersten saarländischen Ministerpräsidentin gewählt wurde, belegte, wie angegriffen die Koalition war. Am 6. Januar 2012 endete das Bündnis mit der Aufkündigung durch *Kramp-Karrenbauer*. Die „Zerrüttung“ der FDP habe eine erfolgreiche Arbeit der Landesregierung unmöglich gemacht. Nach dem Scheitern von Sondierungsgesprächen zwischen CDU und SPD zur Bildung einer Großen Koalition wurden schließlich am 26. Januar Neuwahlen angesetzt. Die CDU hoffte gleichwohl, als stärkste Partei aus den Wahlen hervorzugehen, um so die Ministerpräsidentin einer Großen Koalition stellen zu können.

Obwohl die SPD unter der Führung von *Heiko Maas* 2004 und 2009 mit insgesamt 20 Punkten den größten jemals bei Landtagswahlen beobachteten Einbruch verkraften musste, konnte er als Führer der immer noch größten Oppositionspartei im Saarland nach der Landtagswahl 2009 seine innerparteiliche Position erstaunlich festigen. Nach dem Wechsel von *Peter Müller* an das Bundesverfassungsgericht glaubten viele Sozialdemokraten wieder daran, den Ministerpräsidenten stellen zu können. Auch die in den Umfragen gemessenen Werte hellten sich für die SPD weiter auf. Am Ende sprachen sich sogar mehr Saarländer für *Heiko Maas* (45 Prozent) als für *Annegret Kramp-Karrenbauer* (40 Prozent) als zukünftigen Ministerpräsidenten aus³.

Nachdem die FDP in den 1990er Jahren bei den Wahlen an der Saar drastisch eingebrochen, 1994 und 1999 sogar an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, war sie bei der Wahl 2004 mit 5,2 Prozent der Stimmen wieder knapp in den Landtag eingezogen. 2009 konnte sie ihr Ergebnis sogar auf 9,2 Prozent steigern und das beste Ergebnis seit 1985 einfahren. Zusammen mit der CDU und den Grünen trat sie gestärkt in die CDU-geführte Jamaika-Regierung ein. Innerparteiliche Zerwürfnisse, persönliche Anfeindungen, Rücktritte und Affären im Saarland behinderten jedoch von Anfang an eine konstruktive Fraktions- und Regierungsarbeit, so dass sich die Ministerpräsidentin zeitgleich zur Rede des FDP-Bundesvorsitzenden auf dem traditionsreichen Dreikönigstreffen der Partei veranlasst sah, die Koalition am 6. Januar 2012 aufzukündigen. Das Spitzenpersonal der Liberalen an der Saar hatte sich nach der gewonnenen Landtagswahl 2009 weitgehend als politikunfähig, zerstrit-

3 Forschungsgruppe Wahlen e. V., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 25. März 2012, Mannheim 2012, S. 26.

ten und unzuverlässig erwiesen. Auch das Ansehen der FDP in der Bevölkerung sank drastisch. Nie zuvor maß die Forschungsgruppe Wahlen einen derartig tiefen Fall einer Partei⁴. Im Kontext der dramatischen Situation der FDP im Bund sowie einer Reihe von Niederlagen bei Landtagswahlen nach ihrem Eintritt in die Bundesregierung reduzierten die partei-internen Probleme im Saarland die Wahlchancen der Liberalen auf ein Minimum. Ihr primäres Ziel, wieder in den Landtag einzuziehen, kann vor diesem Hintergrund fast als utopisch bezeichnet werden.

Die Grünen hatten 2009 im Saarland erstmals den direkten Wiedereinzug in den Landtag geschafft und fortan zusammen mit der Union und der FDP an einer neuen Regierungskonstellation mitgewirkt. *Hubert Ulrich* war es in den Koalitionsverhandlungen gelungen, einige Kernforderungen seiner Partei gegen die Widerstände aus CDU und FDP durchzusetzen. Als Spitzenkandidatin löste ihn dennoch *Simone Peter* ab, die als Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr bis zur Auflösung der Jamaika-Koalition Anfang Januar 2012 der CDU-geführten Regierung angehört hatte. Weil *Ulrich* nach der Landtagswahl 2009 eine von *Heiko Maas* und *Oskar Lafontaine* bereits sicher geglaubte rot-rot-grüne Landesregierung kurzfristig platzen ließ, sicherten sich die Grünen durch diesen personellen Wechsel Optionen. Wesentlich strukturschwächer als in allen anderen westlichen Bundesländern hatten sie im Saarland ihre Entscheidungen nur schwer vermitteln können. Vom Meinungsklima zugunsten der Grünen im Bund konnten sie nicht profitieren. Ihr primäres Ziel bei der Landtagswahl im März 2012 bestand darin, erneut ins Parlament einzuziehen.

Mit der Konstituierung einer neuen Partei links von der SPD unter der Führung des früheren saarländischen Ministerpräsidenten *Oskar Lafontaine* wandelte sich das Parteiensystem im Saarland grundlegend. Der Eintritt der Linkspartei in den Parteienwettbewerb zog insbesondere wegen der von *Gerhard Schröder* forcierten Agenda-Politik zahlreiche Wähler von der SPD ab. In keinem anderen westlichen Bundesland ist die Ausgangslage bei einer Landtagswahl für die Linkspartei so gut wie im Saarland⁵. Nach dem Scheitern des Jamaika-Projekts sprach sich *Lafontaine* wie schon vor den letzten Landtagswahlen für eine rot-rote Koalition aus. Bedingung dafür sei jedoch, dass zur Haushaltssanierung keine Sozial- und Personalkürzungen stattfinden dürften.

Nach dem Erfolg der Piraten bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und der daraufhin ansteigenden medialen Aufmerksamkeit erlebte die Partei einen starken Zulauf⁶. Der Zuspruch speiste sich vor allem aus der Unzufriedenheit vieler Bürger mit den etablierten Parteien und den sie repräsentierenden Politikern. Im Saarland verstärkte insbesondere das Verhalten der FDP-Mandats- und Funktionsträger diese Orientierung. Da viele Bürger vor der Wahl glaubten, dass die Regierung praktisch schon feststehe, konnten sie mit ihrer Stimme „experimentieren“ und diese der „frischen“ Piratenpartei „leihen“. Die im Saarland besonders schwach organisierten Piraten wurden von den Neuwahlen zum Landtag allerdings kalt erwischt, mussten in kurzer Zeit die Unterschriften sammeln, um zur Wahl zugelassen zu werden, und erstmals einen Wahlkampf organisieren. Mit ihrer erst 22 Jahre alten Spitzenkandidatin *Jasmin Maurer* boten sie einen sichtbaren Kontrast zu den etablierten Parteien.

4 Ebenda, S. 23.

5 Vgl. zu den Chancen der Linkspartei *Claudia Lau*, Die Chancen der Linkspartei, Wiesbaden 2008.

6 Vgl. zur Piratenpartei *Recep Gürbüz*, Piratenpartei. Genese, Ziele, Struktur und Zukunftsaussichten, Wiesbaden 2011 sowie den Beitrag von *Holger Onken* und *Sebastian H. Schneider* in diesem Heft der ZParl.

Neben den genannten Faktoren definieren unter anderem sozialstrukturelle und konjunkturelle Rahmenbedingungen die Ausgangslage der Parteien bei Wahlen⁷. Problematische gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen fordern politische Akteure heraus. Ob diese frühzeitig identifiziert und analysiert werden, ob Handlungsoptionen ausgelotet und akzeptable Lösungen zur Behebung von Strukturproblemen vorgeschlagen werden, beeinflusst die Wahrnehmung der Problemlösungskompetenz der Parteien und die Bewertung der Regierungsleistung.

Seit Jahrzehnten macht das Saarland wie kein anderes altes Bundesland einen ökonomischen und technischen Strukturwandel durch. Wegen großer wirtschaftlicher Probleme vor allem in den das Land traditionell prägenden Wirtschaftszweigen Stahlerzeugung und Bergbau und einer dadurch bedingten überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote zählt es mittlerweile zu den größten Krisenregionen Deutschlands. Entsprechend negativ schätzten die Saarländer seit einem Vierteljahrhundert die wirtschaftliche Lage ein. Im Vorfeld der Landtagswahl meinte jeder Fünfte, sie sei gut, dagegen glaubte ein Viertel, sie sei schlecht. Dies war zwar ein etwas positiveres Ergebnis als noch vor der Landtagswahl 2009; doch wie bei früheren Wahlen sahen die Saarländer die wirtschaftliche Lage ihres Landes kritischer als die Bürger anderer Bundesländer⁸. Etwas mehr als die Hälfte meinte denn auch, dass es dem Saarland wirtschaftlich schlechter gehe als den anderen Bundesländern. Gleichzeitig beurteilte jedoch jeder Zweite seine eigene ökonomische Situation als gut und nur jeder Zehnte als schlecht. Während bei den beiden vorangegangenen Landtagswahlen jeweils ein Viertel der Wahlberechtigten einen wirtschaftlichen Aufstieg im Saarland erwartet hatte, war es dieses Mal jeder Dritte. Damit bewerteten die Saarländer die konjunkturelle Entwicklung positiver als früher.

Die Wählerrekrutierung der CDU im Saarland wird ferner von zwei strukturellen Bedingungen begünstigt. Obwohl das Land eine überdurchschnittliche Bevölkerungsdichte aufweist, ist es ohne Saarbrücken und Neunkirchen ländlich und kleinstädtisch geprägt. Hinzu kommt, dass es den höchsten Katholikenanteil aller Bundesländer aufweist. Beide Eigenschaften hemmen die Ausbreitung der SPD, der Linkspartei und der Grünen. Dem steht jedoch ein überdurchschnittlich hoher Arbeiteranteil gegenüber, so dass cross-pressures an der Saar traditionell eine größere Rolle spielen als in allen anderen Bundesländern. Unabhängig davon schmälert der Wandel der Berufsstruktur die Chancen der SPD. Während Anfang der 1960er Jahre noch mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen Arbeiter waren, ist es derzeit nur noch jeder Dritte. Dagegen hat sich der Prozentsatz der Angestellten und Beamten von 27 auf 55 Prozent verdoppelt. Da die bereits im 19. Jahrhundert gebildeten Koalitionen zwischen sozialen Großgruppen und politischen Parteien auf geringerem Niveau nach wie vor bestehen⁹, haben sich die Erfolgsbedingungen der Sozialdemokraten verschlechtert und die der Christ- und Freidemokraten verbessert.

7 Vgl. zur Erklärung des Wählerverhaltens vor allem *Harald Schoen*, Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung, in: *Jürgen W. Falter / Harald Schoen* (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 135 – 185; *Harald Schoen / Cornelia Weims*, Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: *Jürgen W. Falter / Harald Schoen* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 7), S. 187 – 242.

8 Vgl. zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Saarland Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl im Saarland 2012, a.a.O. (Fn. 7), S. 32 f.

9 Vgl. hierzu insbesondere *Seymour Martin Lipset / Stein Rokkan*, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: *dies.* (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments, New York 1967, S. 1 – 64.

2. Der Wahlkampf

Nach dem Scheitern des Jamaika-Projekts Anfang Januar 2012 und den ergebnislosen Sondierungsgesprächen zwischen den beiden größten Parteien wurde Ende Januar die Neuwahl des Saarländischen Landtags auf den 25. März 2012 gelegt. Damit verblieben den Parteien erstmals in der Geschichte des Landes nur wenige Wochen für die Aufstellung der Kandidaten sowie die Planung und Durchführung des Wahlkampfes. Bedingt durch den baldigen Wahltermin hatten die Parteien nur geringe Chancen, auf die tiefer sitzenden Einstellungen der Bürger einzuwirken und das Bild der Wähler von den Parteien und Spitzenkandidaten nachhaltig zu korrigieren. Ziel der Wahlkampfstrategien und -maßnahmen konnte es demzufolge nur sein, die vorhandenen latenten Dispositionen aufzugreifen und zu reaktivieren.

Bereits zu Beginn des Wahlkampfes waren sich die politischen Beobachter darin einig, dass es sowohl für die CDU als auch für die SPD darum ging, als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorzugehen. Da sich beide Parteien innerlich darauf eingestellt hatten, nach der Wahl eine Große Koalition zu bilden, kam es vor allem darauf an, welche der beiden Parteien den Ministerpräsidenten stellen würde. Weil die Zusammenarbeit mit der FDP, deren Chancen auf den Wiedereinzug in den Landtag äußerst schlecht standen, nicht funktioniert hatte und auch eine Mehrheit zusammen mit den Grünen in weiter Ferne lag, besaß die CDU keine Alternative. Aus diesem Grund war sie gut beraten, lediglich in einen moderaten Wettbewerb mit der SPD einzutreten.

Die Erfahrung der Jamaika-Koalition prägte den Wahlkampf der CDU. Diese verkündete, sie habe den Weg für Neuwahlen freigemacht, um wieder stabile Mehrheitsverhältnisse herstellen zu können. Im Wahlkampf ging es folglich darum zu erklären, warum nur wenig erreicht worden und das Projekt Jamaika gescheitert war. Die Aufkündigung der Koalition sei im Interesse des Landes zwingend erforderlich gewesen, weil ansonsten die Zukunft nicht positiv hätte gestaltet werden können. Das Land brauche eine handlungsfähige Regierung und keine linken Experimente. Die größte Herausforderung bestehe in der Sicherung der Eigenständigkeit als Bundesland. Dazu müssten die anhaltende wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung gefördert, die öffentliche Verschuldung zurückgeführt sowie die Lebensqualität und Entwicklungsmöglichkeiten weiter verbessert werden¹⁰.

Gemeinsam mit der CDU strebte die SPD eine Große Koalition an. Im dritten Anlauf wollte ihr Spitzenkandidat *Heiko Maas* diesmal das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen. Das Wahlkampfziel bestand mithin darin, stärkste politische Kraft im neuen Landtag zu werden. Angesichts der dramatischen Rückschläge bei den beiden vorangegangenen Landtagswahlen musste die SPD die eigenen Anhänger mobilisieren, frühere Wähler von der Linkspartei zurückholen, ungebundene von den Stärken ihres Spitzenkandidaten und der Problemlösungskompetenz der SPD überzeugen sowie taktische Wähler der Grünen gewinnen. Zur Wahlkampfstrategie der SPD gehörte es folglich auch, der amtierenden Regierung *Kramp-Karrenbauer* Leistungen auf einigen Politikfeldern abzusprechen und zugleich Reformperspektiven aufzuzeigen, die Grünen als „überflüssig“ und die Linkspartei als „verantwortungslos“ hinzustellen. Ebenso wie die CDU betonten die Sozialdemokraten, dass das Saarland eine stabile Regierung und keine Experimente benötige. In den Mittelpunkt ihrer Themenkampagne stellten sie die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns

10 Vgl. das Wahlprogramm der CDU zur Landtagswahl: „Unser Programm von Morgen“, Regierungsprogramm 2012 – 2017.

sowie die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit des Saarlandes. In den Jahren 2014 und 2015 müssten die wichtigsten strukturellen Entscheidungen zur Sanierung des um seine Eigenständigkeit kämpfenden Landes umgesetzt werden¹¹.

Das primäre Ziel der Grünen war der Wiedereinzug in den Landtag. Wegen der Aufkündigung der alten und der sich abzeichnenden neuen Koalition richteten sie im Wahlkampf scharfe Angriffe gegen CDU und SPD. Die Zusammenarbeit in der Jamaika-Koalition habe funktioniert und sei ohne Not beendet worden. Das Eintreten *Heiko Maas'* für eine Große Koalition sei angesichts seiner Kritik an der Politik der CDU unverständlich. Die Grünen hätten Wort gehalten, verkrustete Strukturen aufgebrochen und die Weichen für ein modernes Saarland gestellt. Eine Große Koalition dagegen bedeute Stillstand. Die Grünen verkündeten, die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortsetzen zu wollen und das Saarland in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht zu modernisieren. Sie stünden für mehr Gerechtigkeit und bessere Bildung¹².

Die Wahlbeobachter waren sich bereits früh einig darin, dass es die FDP bei der Landtagswahl am 25. März 2012 besonders schwer haben würde, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Das Image der Landespartei hatte sich während ihrer Regierungsbeteiligung dramatisch verschlechtert. Um von den eigenen Problemen vor Ort abzulenken, spannte sie eine neue Hauptangriffsfläche auf: Die überforderte Ministerpräsidentin sei für das Scheitern des Jamaika-Projekts verantwortlich¹³. Die vorgezogenen Wahlen eröffneten Chancen für einen Neuanfang. Alle müssten die Ärmel hochkrempeln, um den demografischen Wandel zu gestalten, bessere Betreuungsangebote für Kinder zu schaffen, Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, den Strukturwandel konsequent fortzusetzen, die Gesundheitspolitik nach dem vorhandenen Bedarf auszurichten und das Saarland zum Musterland für die Sicherung und den Ausbau der Bürgerrechte zu machen.

Aus der Landtagswahl am 30. August 2009 war die Linkspartei als großer Sieger hervorgegangen. Aufgrund des Bekanntheitsgrades und der Popularität *Oskar Lafontaines* im linken Wählerlager hatte sie an der Saar erfolgreich einen inhaltlich unterfütterten Personewahlkampf geführt. Als Symbolfigur der Linken führte *Lafontaine* auch diesmal die Linkspartei in den Wahlkampf, pries sie als einzige Opposition, verhöhnte die Grünen und die amtierende Ministerpräsidentin. In ihrem Programm zur Landtagswahl forderte die Linkspartei unter anderem ein Verbot von Spenden an politische Parteien, mehr direkte Demokratie, die Einführung einer Vermögenssteuer, eine strikte Regulierung des Bankensektors sowie eine Rekommunalisierung des Energiesektors¹⁴. Auch Besserverdienende müssten einen Beitrag für bessere Schulen und Krankenhäuser zahlen. Eine Reduzierung des Verwaltungspersonals, Kürzungen von Sozialleistungen und Einschnitte im Bildungsbereich zum Schuldenabbau lehnte sie im Wahlkampf kategorisch ab.

Der Wahlkampf der Piraten diene zunächst dazu, die Partei ohne organisatorischen Unterbau im Saarland bekannt zu machen. Darüber hinaus sollte gezeigt werden, dass die

11 Vgl. das Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl: „Ein Saarland mit Zukunft. Solidarisch und stark. Jetzt Heiko Maas!“, Regierungsprogramm 2012 – 2017 zur Landtagswahl am 25. März 2012.

12 Vgl. auch das Landtagswahlprogramm 2012 von Bündnis90/Die Grünen: „Die echte Wahl!“.

13 Vgl. das Landtagswahlprogramm 2012 der FDP: „Gerade Jetzt!“, Programm zur Landtagswahl am 25. März 2012.

14 Vgl. das Landtagswahlprogramm 2012 der Linkspartei: „Kurzprogramm zur Landtagswahl 2012. Soziale Gerechtigkeit – jetzt nur noch mit uns!“.

Piraten einen anderen Politikstil pflegen wollten und einen anderen Politikertypus in den Parlamenten wünschten. Die Wahlkampfaktionen und Werbemittel unterschieden sich für jedermann sichtbar von denen der etablierten Parteien: originell, aber unprofessionell. In ihrem „Kaperbrief“ wetterten sie gegen die alten Parteien. In ihrem Wahlprogramm legten sie ihre Hauptanliegen und Änderungswünsche für die Politik im Saarland offen. Die Piraten bedienten die weitverbreitete, in allen Bevölkerungsteilen anzutreffende Verdrossenheit mit Parteien und Politikern. Inhaltlich sprachen sie sich für die Einführung von Mindestlöhnen, Reformen im Bildungsbereich, für mehr Transparenz politischer Entscheidungen und mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten aus¹⁵.

Bei früheren Landtagswahlen meinten die Wähler im Saarland, dass die Arbeitslosigkeit das mit Abstand wichtigste Problem darstelle. Alle anderen Themen hatten demgegenüber eine nur geringe Rolle zu spielen vermocht. Im Vorfeld der Landtagswahl im März 2012 nahmen die Wähler dagegen zwei Problemfelder gleichermaßen wahr: Jeweils ein Drittel hielt diesmal die Schaffung von Arbeitsplätzen beziehungsweise den Abbau der Schulden für das drängendste Problem des Landes. Während das Thema Arbeitslosigkeit damit deutlich an Relevanz einbüßte, stieg die Frage der Verschuldung des Saarlandes, die 2009 nur jeder Zehnte als drängend empfand, in das öffentliche Bewusstsein auf. In der öffentlichen Meinung war darüber hinaus nur noch die Bildungspolitik von Bedeutung, auch wenn sie im Vergleich zu 2009 diesmal einen merklich geringeren Raum einnahm. Anders als früher spielte die vom Strukturwandel im Saarland besonders betroffene Kohle- und Stahlindustrie in der Wahrnehmung der Bürger erstmals keine Rolle mehr¹⁶.

Hinsichtlich aller drei Problembereiche glaubte die Mehrheit der Saarländer vor der Wahl, dass die beiden Großparteien die Probleme am ehesten zu lösen vermögen. Während jeweils knapp ein Drittel der Ansicht war, CDU und SPD könnten am ehesten neue Arbeitsplätze schaffen, wurde der CDU bei der Lösung der Verschuldung und der SPD in schulpolitischen Fragen etwas höhere Problemlösungskompetenz zugemessen¹⁷. Keine der beiden Großparteien hatte sich damit vor der Wahl einen Kompetenzvorsprung verschaffen können.

3. Das Wahlergebnis

Von den 797.512 Wahlberechtigten im Saarland gingen am 25. März 2012 491.591 zur Wahl¹⁸. Gegenüber der Landtagswahl vom 30. August 2009 sank die Wahlbeteiligung erneut um sechs Punkte auf 61,6 Prozent und erreichte damit das zweitniedrigste Niveau in der Geschichte des Landes. Nur 2004 hatten noch weniger Wahlberechtigte die Wahllokale aufgesucht. Am geringsten fiel die Beteiligung wieder in den größeren Städten aus: Neunkirchen, Dillingen, Völklingen, Friedrichsthal und Saarbrücken. Der Rückgang variierte zwischen -17,4 (Weiskirchen) und -1,4 Punkten (Püttlingen). Nur in Ottweiler stieg die Wahlbeteiligung um 0,1 Punkte an. Es ist also den Parteien nicht gelungen, die Bürger zur Teilhabe an der politischen Willensbildung zu aktivieren.

15 Vgl. das Landeswahlprogramm der Piratenpartei zur Landtagswahl 2012: „Wahlprogramm 2012“.

16 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl im Saarland 2012, a.a.O. (Fn. 7), S. 30.

17 Vgl. Ebenda, S. 31.

18 Statistisches Amt Saarland, Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2012. http://www.statistikextern.saarland.de/wahlen/wahlen/2012/internet_saar/LT_SL_12/landesergebnisse/ (Abruf am 9. August 2012).

Tabelle 1: Stimmenanteile der Parteien im Saarland 1994 bis 2012 (Angaben in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen)

Partei	LTW 1994	BTW 1994	BTW 1998	LTW 1999	BTW 2002	LTW 2004	BTW 2005	LTW 2009	BTW 2009	LTW 2012
SPD	49,4	48,8	52,4	44,4	46,0	30,8	33,3	24,5	24,7	30,6
CDU	38,6	37,2	31,8	45,5	35,0	47,5	30,2	34,5	30,7	35,2
FDP	2,1	4,3	4,7	2,6	6,4	5,2	7,4	9,2	11,9	1,2
Grüne	5,5	5,8	5,5	3,2	7,6	5,6	5,9	5,9	6,8	5,0
Die Linke*	–	0,7	1,0	0,8	1,4	2,3	18,5	21,3	21,2	16,1
Piraten	–	–	–	–	–	–	–	–	1,9	7,4
Sonstige	4,5	3,2	4,5	3,5	3,7	8,6	4,7	4,6	2,9	4,5
WB	83,5	83,5	84,8	68,7	80,0	55,5	79,4	67,6	73,7	61,6

LTW: Landtagswahl; BTW: Bundestagswahl.

* Vor 2005 PDS.

Quelle: Statistisches Amt Saarland, Landtagswahlen 1947 – 2004 im Saarland; dass., Bundestagswahlen 1957 bis 2005 im Saarland; dass., Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2009; dass., Endgültiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2009; dass., Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2012; http://www.statistikextern.saarland.de/wahlen/wahlen/2012/internet_saar/LT_SL_12/landesergebnisse/ (Abruf am 9. August).

Die beiden Großparteien sowie die Piratenpartei sind die Gewinner, FDP, Linkspartei und Grüne die Verlierer. Das von der CDU ein Jahrzehnt dominierte asymmetrische Parteiensystem hat sich in ein symmetrisches Vielparteiensystem transformiert.

Die CDU gewann gegenüber der Wahl 2009 zwar lediglich 0,7 Punkte hinzu und erzielte mit 35,2 Prozent der Stimmen das zweitschlechteste Ergebnis bei einer Landtagswahl im Saarland seit dem Jahr der deutschen Vereinigung. Da sie jedoch 4,6 Punkte vor der SPD notierte, war bereits am Wahlabend absehbar, dass sie auch weiterhin die Ministerpräsidentin stellen würde. Angesichts des in der Bundesrepublik ungünstigen Meinungsklimas für die CDU, den zeitnahen Wahlniederlagen der CDU in anderen Bundesländern, den Konflikten in der Jamaika-Koalition, den personellen Veränderungen sowie der Erwartungshaltung der CDU an der Saar kann das Wahlergebnis als Erfolg verbucht werden¹⁹. Wie bei der vorangegangenen Landtagswahl blieb sie mit 19 von 51 Sitzen deutlich unter der erforderlichen Zahl von 26 Mandaten. Im neuen Landtag stellt sie damit allerdings erneut die stärkste Fraktion. Ihre besten Resultate erzielte die CDU in Tholey (48,1 Prozent), Püttlingen (47,7 Prozent), Perl (44,4 Prozent) und Lebach (42,9 Prozent). Während sie in Püttlingen 8,8 und in Ortweiler sechs Punkte hinzugewinnen konnte, musste sie in zahlreichen Gemeinden leichte Verluste verkraften, die höchsten in ihrer früheren Hochburg Eppelborn (-5,7) sowie Weiskirchen (-2,9) und Nalbach (-2,9). Die schlechtesten Ergebnisse erzielte sie in Neunkirchen (26,4 Prozent), Schiffweiler (27,9 Prozent), Saarbrücken (29,5 Prozent) und Bexbach (30,0 Prozent). Die regionalen Abweichungen vom Durchschnittswert sind insgesamt leicht zurückgegangen.

¹⁹ Nach den Berechnungen von Infratest dimap für die ARD gewann die CDU 2012 vor allem von der FDP (12000) Stimmen hinzu. Auf der anderen Seite gab sie 12000 Stimmen an das Nichtwählerlager sowie 7000 an die SPD und 4000 an die Piraten ab. Vgl. Infratest dimap, Landtagswahl Saarland am 25. März 2012, Bericht von Infratest dimap für die ARD.

Nachdem die SPD bei der Landtagswahl 2009 mit nur 24,5 Prozent der Stimmen das schlechteste Ergebnis seit der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik erzielt hatte, gewann sie am 25. März 5,9 Punkte hinzu, um sich schließlich auf dem Niveau des Jahres 2004 wiederzufinden²⁰. Mit nunmehr 30,6 Prozent der Stimmen fuhr sie dennoch das zweitschlechteste Ergebnis bei einer Landtagswahl im Saarland in vier Jahrzehnten ein. Im neuen Landtag nimmt sie (nach dem Fraktionswechsel einer Abgeordneten der Linkspartei,) 18 Sitze ein. Das Ziel, stärkste Partei zu werden, verfehlte sie deutlich. Der Stimmenanteil der SPD reicht von 22,4 Prozent in der Unionshochburg Püttlingen bis 39,1 Prozent in Rehlingen-Siersburg. Zu den Hochburgen zählen ferner Nonnweiler (37,4 Prozent), Neunkirchen (37,2 Prozent) und Großrosseln (36,6 Prozent), am schlechtesten schnitt sie in Tholey (23,9 Prozent), Gersheim (26,0 Prozent) und Lehbach (26,2 Prozent) ab²¹. In allen Gemeinden gewann die SPD Stimmenanteile hinzu, die höchsten in der Unionshochburg Nalbach mit 12,1, in Saarlouis mit 10,1 und in Großrosseln mit 9,2 Punkten.

Die Grünen verloren im Vergleich zu 2009 zwar 0,9 Punkte, schafften aber mit fünf Prozent der Stimmen knapp den Einzug in den neuen Landtag, in dem sie nun zwei Abgeordnete stellen. Damit erreichten sie zwar ihr primäres Wahlziel. Angesichts des für die Grünen in der Bundesrepublik günstigen Meinungsklimas muss das Ergebnis jedoch als Niederlage gewertet werden. Der Grund für das Scheitern liegt vor allem in der mangelnden persönlichen Leistung der saarländischen Grünen. Sie gewannen ihre höchsten Anteile erneut in Saarbrücken (8,3 Prozent), Perl (7,1 Prozent) und Malbach (6,8 Prozent), ihre niedrigsten in Freisen (2,4 Prozent), Großrosseln (2,8 Prozent) und Nonnweiler (2,9 Prozent). Bemerkenswert ist überdies, dass sie nur in 17 der 52 Gemeinden des Saarlandes die Fünf-Prozent-Hürde schafften. In keinem anderen westlichen Bundesland verfügen die Grünen über einen derartig schlechten Unterbau.

Der größte Verlierer der Wahl ist die FDP. Nachdem sie 2009 mit 9,2 Prozent der Stimmen das Ergebnis aus dem Jahr 2004 fast verdoppeln konnte, brach sie am 25. März 2012 völlig ein. Mit nur 1,2 Prozent der Stimmen erzielten die Liberalen das schlechteste Ergebnis aller Zeiten bei Landtagswahlen. Sie verloren acht Punkte und schieden wie schon in den 1990er Jahren erneut aus dem Landtag aus. Wie flächendeckend die FDP im Saarland eingebrochen ist, zeigt sich daran, dass sie in keiner der 52 Gemeinden die Drei-Prozent-Marke zu überspringen vermochte. In Nalbach stürzte sie sogar von 18,6 auf 0,8 Prozent der Stimmen ab. Noch nie in der Geschichte der Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland hat es einen derart dramatischen Einbruch gegeben. Folgt man den Wählerwanderungsanalysen von Infratest dimap, gingen die Wähler der FDP des Jahres 2009 in alle Richtungen. Die größten Kontingente wanderten zur CDU (-12.000), zu den Nichtwählern (-9.000) und zur SPD (-8.000)²².

20 Nach den Berechnungen von Infratest dimap für die ARD gewann die SPD 2012 von der FDP 8.000, der CDU und der Linkspartei jeweils 7.000 und den Grünen 6.000 Stimmen und gab nur etwa 7.000 in das Lager der Nichtwähler und rund 3.000 an die Piratenpartei ab. Vgl. Infratest dimap, Landtagswahl Saarland am 25. März 2012, Bericht von Infratest dimap für die ARD.

21 Die Ergebnisse in den Gemeinden finden sich unter http://www.statistikextern.saarland.de/wahlen/wahlen/2012/internet_saar/LT_SL_12/gemeindeergebnisse/ (Abruf am 9. August 2012).

22 Vgl. Infratest dimap, Landtagswahl Saarland am 25. März 2012, Bericht von Infratest dimap für die ARD.

Nachdem die Linkspartei 2009 der große Gewinner der Wahl war, war sie diesmal einer der großen Verlierer. Sie büßte 5,1 Punkte ein und fiel mit 16,1 Prozent deutlich hinter die SPD zurück. Mit neun Mandaten zog sie zum zweiten Mal nach 2009 in den Landtag ein. Erd-rutschartige Bewegungen wie im August 2009 fanden diesmal nicht statt. Außer in Nalbach verlor die Linke in allen Gemeinden Stimmenanteile, die höchsten in Großrosseln (-8,9), Völklingen (-8,6), Ensdorf (-8,1) und Ottweiler (-7,6). Besonders erfolgreich war sie diesmal in Wallerfangen (21,6 Prozent), Schiffweiler (21,1 Prozent), Völklingen (21,1 Prozent) und Sulzbach (20,5 Prozent). Am schlechtesten schnitt sie in den Unionshochburgen Perl (8,0 Prozent), Tholey (11,1 Prozent) und Nonnweiler (11,3 Prozent) ab. Nach den Wählerwanderungsanalysen von Infratest dimap gab die Linkspartei vor allem an die Nichtwähler (-17.000), die SPD (-7.000) und die Piratenpartei (-7.000) Stimmen ab²³.

Die Piraten sind die großen Gewinner der Landtagswahl. Mit 7,4 Prozent der Stimmen und vier Mandaten schafften sie nach Berlin zum zweiten Mal den Einzug in ein Landesparlament. Die Zuwanderung weist mehrere Quellen auf. Nach den Berechnungen von Infratest dimap kamen die Wähler der Piraten vor allem aus dem Lager der ehemaligen Nichtwähler (8.000) und der Linkspartei (7.000), gefolgt von CDU und FDP mit jeweils rund 4.000, der SPD und den Grünen mit jeweils rund 3.000 Stimmen. Die Wählerwanderungen sorgten dafür, dass die Piraten in allen 52 Gemeinden auf Anhieb die Fünf-Prozent-Hürde übersprangen. In Kirkel erzielte die Partei sogar 9,1, in Bexbach 8,9 und in Homburg und Neunkirchen jeweils 8,8 Prozent der Stimmen.

Von den verbleibenden 4,5 Prozent der Stimmen entfielen 1,7 Prozent auf die Familien-Partei Deutschlands, 1,2 Prozent auf die NPD, 0,9 Prozent auf die Freien Wähler, 0,5 Prozent auf Die Partei und 0,1 Prozent auf die Direkte Demokratie.

4. Das Wahlverhalten sozialer Gruppen

Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter

In den 1970er Jahren hatten Frauen im Saarland deutlich häufiger die CDU und Männer stärker die SPD gewählt. In den 1980er Jahren wandten sich Frauen jedoch vermehrt von der Union ab und der SPD zu, so dass mit Anfang der 1990er Jahre schließlich nur noch geringe Unterschiede im Wahlverhalten von Frauen und Männern beobachtet werden konnten²⁴. Dies was auch bei der letzten Landtagswahl der Fall. Am 25. März 2012 tendierten Frauen etwas stärker zur CDU und den Grünen. Dagegen neigten Männer ein wenig mehr zu den Linken und den Piraten. SPD und FDP schnitten bei Männern und Frauen gleich stark ab. Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass doppelt so viele Männer wie Frauen der Linkspartei den Rücken kehrten.

Während sich das geschlechtsspezifische Wahlverhalten in den 1970er und 1980er Jahren angeglichen hatte, war das der nachwachsenden jüngeren Kohorten immer stärker von dem

23 Ebenda.

24 Vgl. zum geschlechtsspezifischen Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland vor allem Jürgen W. Falter / Siegfried Schumann, Vive la (très) petite différence! Über das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Bundestagswahl 1987, in: Max Kaase / Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 109 – 142; Ute Molitor, Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1992.

der älteren Bürger abgewichen. Weil die CDU insbesondere bei den Jungwählern Stimmenanteile verlor, konnte die SPD für einige Jahre zur dominanten Partei im Saarland aufsteigen. Vornehmlich junge Frauen hatten sich Anfang der 1990er Jahre von der Union ab- und der SPD sowie den Grünen zugewandt. Erst mit der Jahrhundertwende konnte die CDU diesen Trend brechen. Die nun einsetzende Wählerbewegung veränderte das Altersprofil von SPD und Grünen merklich²⁵, so dass die Wahlchancen insbesondere der Sozialdemokraten an der Saar beträchtlich gemindert wurden.

Mit der Landtagswahl am 25. März 2012 zeichnet sich erneut eine Trendwende ab: Je älter die Wähler an der Saar sind, desto stärker neigen sie zur CDU. Während 46 Prozent der ab 60-jährigen Wähler der CDU ihre Stimme gaben, votierten lediglich 25 Prozent der 18- bis 29 Jahre alten Saarländer für sie. In der zuletzt genannten Gruppe verlor sie im Vergleich zur Wahl 2009 fünf Punkte, so dass sie nunmehr wieder deutlich hinter der SPD liegt. Die Sozialdemokraten gewannen diesmal in allen Altersgruppen Stimmenanteile hinzu, am stärksten bei den ab 60-jährigen, wo sie um acht Punkte auf 32 Prozent anstiegen. Der überproportionale Zuwachs in dieser Gruppe hat zur Folge, dass nunmehr alle Altersgruppen eine annähernd gleiche Neigung zur Wahl der SPD aufweisen. Damit sind die Sozialdemokraten im Saarland heute im Hinblick auf die Altersstruktur die ausgeglichene Partei. Obwohl die Grünen bei den 18- bis 29-jährigen im März 2012 vier Punkte verloren, schnitten sie mit einem Stimmenanteil von sieben Prozent in dieser Altersgruppe dennoch etwas überdurchschnittlich ab. Die über 60 Jahre alten Saarländer gingen erneut auf große Distanz zu ihnen²⁶. Das größte Altersgefälle weisen jedoch die Piraten auf. Während sie in der Gruppe der 18- bis 29-jährigen auf 18 Prozent und bei den 30- bis 44-jährigen noch auf zwölf Prozent kamen, stimmte nur ein Prozent der ab 60-jährigen für sie. In der jüngsten Alterskohorte liegt die Piratenpartei damit hinter der SPD und der CDU auf dem dritten Platz. Die Linkspartei schnitt bei den 45- bis 59-jährigen etwas überdurchschnittlich, bei den 18- bis 44-jährigen dagegen leicht unterdurchschnittlich ab.

Wahlverhalten nach Konfessionszugehörigkeit

Weil Katholiken seit den Anfängen des deutschen Parteiensystems zu christlich orientierten Parteien tendieren, hat die konfessionelle Zusammensetzung der Regionen die Struktur der Parteiensysteme in den Ländern in hohem Maße bestimmt. Dass die Konfessionsstruktur einer Region eine der wichtigsten Rahmenbedingungen des Wahlverhaltens in Deutschland darstellt, zeigen zahlreiche empirische Studien²⁷. Im Saarland sind zwei Drittel der Bürger

25 Vgl. zum sich wandelnden Profil der Grünen auch *Markus Klein / Kai Arzheimer*, *Grau in Grau. Die Grünen und ihre Wähler nach eineinhalb Jahrzehnten*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49. Jg. (1997), H. 4, S. 650 – 673.

26 Vgl. zum Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter Forschungsgruppe Wahlen e.V., *Wahl im Saarland 2012*, a.a.O. (Fn. 7), S. 38 ff.

27 Vgl. hierzu *Jürgen R. Winkler*, *Sozialstruktur, politische Traditionen und Liberalismus. Eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871 – 1933*, Opladen 1995; *Karl Schmitt*, *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1989; *Franz Urban Pappi*, *Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft. Entstehung, Stabilität und Wandel*, in: *Dieter Oberndörfer / Hans Rattinger / Karl Schmitt* (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1985, S. 263 – 290.

katholisch, ein Fünftel ist Mitglied einer evangelischen Kirche, und ein Achtel gehört keiner Konfession an. Diese konfessionelle Zusammensetzung begünstigt seit Jahrzehnten die CDU.

Während CDU und Bündnis90/Die Grünen bei der Landtagswahl ziemlich genau die Ergebnisse aus dem Jahr 2009 reproduzierten, knüpfte die SPD an das Resultat aus dem Jahr 2004 an. Mit einem Anteil von 41 Prozent wurde die CDU in der Gruppe der Katholiken erneut stärkste politische Kraft. Die evangelischen und konfessionslosen Bürger neigten erwartungsgemäß stark unterdurchschnittlich zur Union. Die SPD gewann unabhängig von der Konfessionszugehörigkeit der Wähler Stimmenanteile hinzu, am stärksten im evangelischen Elektorat, wo sie mit 41 Prozent exakt den gleichen Anteil wie die CDU bei den Katholiken gewinnt. Im Hinblick auf die übrigen Parteien unterscheiden sich Katholiken und Protestanten in ihrem Wahlverhalten kaum. Deutlich stärker als bei den Katholiken und Protestanten verteilen sich die Stimmen der konfessionslosen Saarländer. Sie tendierten überdies etwas stärker zu den Grünen, der Linkspartei und den Piraten. Jeweils rund ein Viertel von ihnen gab 2012 der SPD oder der Linkspartei die Stimme. Die Piratenpartei schnitt in dieser Gruppe sogar doppelt so stark wie im Durchschnitt ab.

Tabelle 2: Wahlverhalten nach der Konfessionszugehörigkeit bei Wahlen zum Saarländischen Landtag 2004 bis 2012 (Angaben in Prozent)

Konfession	SPD			CDU			FDP			Grüne			Linke		Piraten
	2012	2009	2004	2012	2009	2004	2012	2009	2004	2012	2009	2004	2012	2009	
Katholisch	28	23	28	41	40	53	1	9	5	5	5	5	15	19	7
Evangelisch	41	33	42	25	26	34	1	9	7	6	6	6	16	21	6
Keine	26	21	32	19	17	30	1	13	8	9	12	15	24	32	14
Alle	30,6	24,5	30,8	35,2	34,5	47,5	1,2	9,2	5,2	5,0	5,9	5,6	16,1	21,3	7,4

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e. V., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. September 2004, Mannheim 2004, S. 49; dies., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. September 2004, Mannheim 2004, S. 49; dies., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 30. August 2009, Mannheim 2009, S. 34; dies., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 25. März 2012, Mannheim 2012, S. 46.

Wahlverhalten nach Berufstätigkeit

Seit dem späten 19. Jahrhundert prägt eine Koalition zwischen Arbeitern und der SPD die Struktur des deutschen Parteiensystems²⁸. Die lange Jahre stetig steigende Zahl der Arbeiter hatte den Aufstieg der Sozialdemokratie auch im Saarland maßgeblich bestimmt. Mit dem Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft schrumpfte der Arbeiteranteil

28 Vgl. unter anderem *Franz Urban Pappi*, Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich, in: *Hans-Dieter Klingemann / Max Kaase* (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen 1986, S. 369 – 394; *Harald Schoen / Jürgen W. Falter*, Wahlen und Wählerverhalten, in: *Thomas Ellwein / Everhard Holtmann* (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven, Opladen 1999, S. 454 – 470.

an der erwerbstätigen Bevölkerung jedoch stetig. Zugleich stieg der Prozentsatz der Angestellten und Beamten kontinuierlich an. So ist der Arbeiteranteil im Saarland seit Anfang der 1960er Jahre auf nur noch ein Drittel der Erwerbstätigen gesunken. Auf gut über die Hälfte hat sich dagegen der Anteil der Angestellten und Beamten verdoppelt. Die Zukunft der Parteien hängt daher insbesondere davon ab, ob es ihnen gelingt, genügend Angehörige der neuen Mittelschicht der Beamten und Angestellten zu mobilisieren.

Bei der Landtagswahl 2009 hatte die CDU vor allem bei den Arbeitslosen, Selbstständigen und Angestellten Unterstützung verloren. 2012 wiederholte sie die Ergebnisse des Jahres 2009 in den verschiedenen Berufsgruppen. Die stärkste Unterstützung erfuhr sie von den Beamten, gefolgt von den Rentnern und Selbstständigen, die geringste von den Arbeitslosen und Arbeitern. Jeder zweite Beamte, aber nur jeder vierte Arbeiter wählte diesmal die Union. In den Gruppen der Angestellten, Beamten und Selbstständigen sowie der Gruppe Rentner ist sie die stärkste politische Partei im Saarland.

Die SPD hatte 2009 in allen Berufsgruppen Stimmenanteile verloren. Am 25. März 2012 gewann sie in allen Berufsgruppen wieder Stimmenanteile hinzu, so dass sie in etwa wieder die Ergebnisse der Landtagswahl 2004 erreichte. Überdurchschnittliche Zuwächse erhielt sie allein in der Gruppe der Selbstständigen. Hier schnellte ihr Stimmenanteil um elf Punkte auf 24 Prozent hoch. Dennoch neigen die Selbstständigen immer noch weit unterdurchschnittlich zur Wahl der SPD. Nur die Arbeitslosen votierten erstmals noch weniger als die Selbstständigen für die SPD. Sie haben kaum zu den Gewinnen der SPD beigetragen. Die größte Neigung zur Wahl der SPD weisen trotz beträchtlicher Abwanderungen nach wie vor die Arbeiter, dicht gefolgt von den Angestellten auf. Hatten 1994 noch zwei von drei Arbeitern die SPD unterstützt, so war es 2012 nur noch einer von drei. Die unterdurchschnittlichen Gewinne in dieser Gruppe dokumentieren die großen Mobilisierungsprobleme der früheren politischen Repräsentantin der deutschen Arbeiterbewegung. Nur noch 28 Prozent der SPD-Wähler an der Saar gehören im Jahr 2012 der Gruppe der Arbeiter an; dagegen sind 43 Prozent als Angestellte tätig.

Während die Linkspartei 2009 in zwei sozialen Gruppen zur stärksten politischen Kraft aufgestiegen war, konnte sie bei der Landtagswahl 2012 nur in einer diese Vormachtstellung behaupten. Unter den arbeitslosen Saarländern erzielte sie mit einem Stimmenanteil von 41 Prozent ihr bei weitem bestes Resultat. Sie hat damit ihren Status als Partei der aus dem Arbeitsmarkt verdrängten Bürger nochmals untermauern können. Arbeiter und Angestellte wandten sich überdurchschnittlich stark von der Linkspartei ab. Unter den Arbeitern erzielte sie mit 23 Prozent dennoch ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis. Weit unterdurchschnittlich entschieden sich diesmal lediglich Beamte für die Linkspartei.

Die Neigung zur Wahl der Grünen in den verschiedenen Berufsgruppen ist seit einem Jahrzehnt relativ stabil. Auch 2012 tendierten Angestellte und Beamte etwas stärker als Rentner und Arbeiter zur Wahl von Bündnis90/Die Grünen. Während diese ihre Anteile in den Berufsgruppen halten konnten, wandten sich die Wähler aller Berufsgruppen nahezu völlig von der FDP ab. Hatten 2009 noch zehn Prozent der Angestellten und sogar 19 Prozent der Selbstständigen für die Liberalen votiert, stimmten diesmal lediglich ein bzw. drei Prozent für sie. Eine ähnliche Abwanderung einer Kerngruppe von der FDP konnte in der Geschichte der Landtagswahlen in der Bundesrepublik zuvor noch nie beobachtet werden.

Erwartungsgemäß kam die Unterstützung für die Piratenpartei von den Berufstätigen und in noch stärkerem Maße von den Arbeitslosen. Aus der großen Gruppe der Rentner hat sie dagegen kaum Zuspruch erfahren. Bemerkenswert ist, dass Arbeiter und Angestellte so-

Tabelle 3: Wahlverhalten nach der Berufstätigkeit bei Wahlen zum Saarländischen Landtag 2004 bis 2012 (Angaben in Prozent)

Sozialmerkmal	SPD			CDU			FDP			Grüne			Linke		Piraten
	2012	2009	2004	2012	2009	2004	2012	2009	2004	2012	2009	2004	2012	2009	
Berufstätigkeit															
Berufstätig	31	25	30	31	31	45	1	10	6	6	7	7	16	22	9
Rentner	32	25	34	45	41	52	2	8	4	3	3	2	15	20	3
Arbeitslos	22	20	26	13	15	35	0	5	3	5	5	6	41	44	13
Beruf															
Arbeiter	33	28	38	27	26	37	0	6	3	4	3	3	23	31	8
Angestellte	31	26	30	35	32	47	1	10	6	6	7	7	14	21	8
Beamte	28	21	25	49	51	59	2	8	6	7	6	5	8	11	7
Selbstständige	24	13	20	44	43	59	3	19	10	5	8	6	14	13	7
Alle	30,6	24,5	30,8	35,2	34,5	47,5	1,2	9,2	5,2	5,0	5,2	5,6	16,1	21,3	7,4
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e. V., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. September 2004, Mannheim 2004, S. 43; dies., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 30. August 2009, Mannheim 2009, S. 32 f.; dies., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 25. März 2012, Mannheim 2012, S. 42 und 44.															

wie Beamte und Selbstständige noch keine nennenswerten Unterschiede bezüglich der Wahl der Piratenpartei zeigen.

Wahlverhalten nach Gewerkschaftszugehörigkeit

Wegen der im katholischen Milieu lange Zeit vorherrschenden Wahlnorm hatte die SPD an der Saar lange Zeit nur einen vergleichsweise geringen Anteil der Gewerkschaftsmitglieder rekrutieren können. Erst als es ihr seit den 1970er Jahren mehr und mehr gelang, die katholischen Gewerkschaftsmitglieder an sich zu binden, war ihr Aufstieg zur dominanten Partei im Saarland gebnet. Anfang der 1990er Jahre tendierten die Gewerkschaftsmitglieder schließlich unabhängig von der Konfessionszugehörigkeit deutlich stärker als im Bundesgebiet zur Wahl der SPD. Die sich verfestigende Klassenwahl prägte infolgedessen einige Jahre besonders stark die Struktur des saarländischen Wählerverhaltens.

Die von *Gerhard Schröder* forcierte Agenda 2010 leitete vor allem im Saarland eine Wende ein. Nachdem viele Gewerkschaftsmitglieder sahen, dass Widerspruch gegen seine Regierungspolitik nicht die erhoffte Wirkung zeigte, gingen sie zunächst auf Distanz zur SPD im Bund, um sich beginnend mit der Landtagswahl 2004 auch von der saarländischen SPD abzuwenden. Bei der Landtagswahl im Jahr 2009 hatten die Sozialdemokraten unter den Gewerkschaftsmitgliedern ihre größten Verluste hinnehmen müssen. Vor allem gewerkschaftliche Arbeiter waren zur Linkspartei abgewandert.

Im Frühjahr 2012 stimmten schließlich wieder vier von zehn Gewerkschaftsmitgliedern für die SPD. Mit einem Zugewinn von acht Punkten auf nunmehr 39 Prozent der Stimmen konnte die Partei die hohen Verluste aus dem Jahr 2009 fast ausgleichen. Bei der Landtags-

wahl 1994 hatten allerdings noch fast zwei Drittel der Gewerkschaftsmitglieder die SPD gewählt²⁹. Für die Linkspartei stimmte diesmal nur noch jedes fünfte Gewerkschaftsmitglied. Obwohl dies unter den Gewerkschaftsmitgliedern einen Verlust von zehn Punkten gegenüber der Wahl 2009 bedeutete, ist sie mit einem Stimmenanteil von 20 Prozent in dieser Gruppe immer noch deutlich stärker als im Gesamtektorat vertreten. Den höchsten Zuspruch erfuhr sie mit 26 Prozent erneut bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Mit einem Minus von 13 Punkten auf 18 Prozent verzeichnete die Linke ihre größten Verluste unter den gewerkschaftlich organisierten Angestellten. Die CDU wählten nur 17 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und 25 Prozent der organisierten Angestellten. Damit begrenzt die Gewerkschaftsmitgliedschaft die Wählermobilisierung der Union an der Saar nach wie vor stark.

5. Regierungs- und Oppositionsbildung

Die Mandatsverteilung im neuen Landtag bot für die Regierungsbildung diesmal lediglich zwei Optionen: eine Große Koalition aus CDU und SPD oder ein rot-rotes Bündnis. Eine Neuaufgabe der Jamaika-Koalition war aufgrund des Ausscheidens der FDP auch theoretisch unmöglich geworden. Wegen der Festlegungen im Wahlkampf, der ideologisch-programmatischen Distanzen zwischen den Parteien sowie der persönlichen Antipathien zwischen *Heiko Maas* und *Oskar Lafontaine* besaß eine rot-rote-Koalition zumindest unter der Führung des amtierenden Vorsitzenden der SPD Saar keine Chance. Für *Annegret Kramp-Karrenbauer* und *Heiko Maas* gab es diesmal nur eine realistische Option: eine Große Koalition aus CDU und SPD unter Führung von *Kramp-Karrenbauer*.

Um Handlungsbereitschaft zu zeigen, einigten sich die Spitzen der beiden Großparteien diesmal schnell, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Bereits am 8. Mai 2012 unterschrieben *Kramp-Karrenbauer* und *Maas* den 70-seitigen Koalitionsvertrag³⁰. Oberstes Ziel der Politik müsse danach sein, die Eigenständigkeit des Saarlandes zu erhalten. Dafür müsse kräftig gespart und die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse eingehalten werden. Unter Mitnahme der vom Bund zugesagten jährlichen Konsolidierungshilfen von 260 Millionen Euro solle die Neuverschuldung des Landes bis zum Jahr 2020 vollständig abgebaut werden. Deshalb sind bis 2020 zehn Prozent der Landesbediensteten einzusparen. Um die Sparziele nach außen glaubhaft zu unterstreichen, einigten sich die Parteispitzen darauf, die Zahl der Ministerien von acht auf sechs zu reduzieren. Allein die Bildung soll von Kürzungen verschont bleiben.

29 Vgl. zum Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder bei den Landtagswahlen im Saarland Forschungsgruppe Wahlen e. V., Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 16. Oktober 1994, Mannheim 1994, S. 15; *dies.*, Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. September 1999, Mannheim 1999, S. 17; *dies.*, Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. September 2004, Mannheim 2004, S. 43; *dies.*, Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 30. August 2009, Mannheim 2009, S. 33; *dies.*, Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 25. März 2012, Mannheim 2012, S. 43.

30 Vgl. „Chancen nutzen. Zusammenhalt bewahren. Eigenständigkeit sichern. Gemeinsam Verantwortung tragen für unser Saarland“. Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode des Landtags des Saarlandes (2012 – 2017) zwischen der Christlich Demokratischen Union, Landesverband Saar und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Saar.

Mit den Stimmen von CDU und SPD wurde *Annegret Kramp-Karrenbauer* am 9. Mai 2012 erwartungsgemäß zur ersten Regierungschefin einer Großen Koalition im Saarland gewählt. Mit 37 Stimmen erhielt sie genau so viele Stimmen, wie die Große Koalition Abgeordnete aufweist. Zwölf Abgeordnete stimmten mit „nein“, zwei enthielten sich. Neben der christdemokratischen Ministerpräsidentin zählt die neue Landesregierung jeweils drei Minister von CDU und SPD.

Ministerpräsidentin	<i>Annegret Kramp-Karrenbauer</i> (CDU)
Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr	<i>Heiko Maas</i> (SPD)
Ministerin für Inneres und Sport	<i>Monika Bachmann</i> (CDU)
Ministerin für Justiz, Umwelt- und Verbraucherschutz	<i>Anke Rehlinger</i> (SPD)
Minister für Finanzen und Europa	<i>Stephan Toscani</i> (CDU)
Minister für Bildung und Kultur	<i>Ulrich Commerçon</i> (SPD)
Minister für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	<i>Andreas Storm</i> (CDU)
Staatssekretär, Chef der Staatskanzlei und Bevollmächtigter des Saarlandes beim Bund	<i>Jürgen Lennartz</i> (CDU)
Quelle: http://www.saarland.de/12291 (Abruf am 14. August 2012).	

Vorsitzender der CDU-Fraktion ist erneut *Klaus Meiser*. Die Fraktion der SPD wird von *Stefan Pauluhn* angeführt. Ihnen stehen auf Seiten der Opposition *Oskar Lafontaine* als Vorsitzender der Fraktion Die Linke, *Hubert Ulrich* als Vorsitzender der Fraktion der Grünen und *Michael Hilberer* als Vorsitzender der Piratenfraktion gegenüber. Persönliche Antipathien zwischen den Akteuren der Oppositionsparteien sowie die neuen Verhaltensformen der Piraten dürften einerseits die Oppositionsarbeit im Saarländischen Landtag erschweren. Auf der anderen Seite erleichtern die komfortable Mehrheit der beiden Regierungsparteien im Landtag sowie das jetzt wieder professionellere Verhalten der die Regierung tragenden Fraktionen nicht nur die parlamentarische, sondern auch die Regierungsarbeit im Land.

In ihrer ersten Regierungserklärung vor dem Saarländischen Landtag am 16. Mai 2012 unterstrich *Annegret Kramp-Karrenbauer* die Bewältigung des Schuldenberges als Hauptaufgabe des Landes. Sie beschwor die Abgeordneten, dass ohne Lösung dieser Aufgabe die Eigenständigkeit als kleinstes Flächenland der Bundesrepublik nicht garantiert werden könne. Ausdrücklich sprach sie sich gegen eine Fusionierung des Saarlandes mit Rheinland-Pfalz aus. Die neue Regierung nehme sich vor, jährlich mindestens 65 Millionen Euro einzusparen. Im Bundesrat wolle sie alle Entscheidungen ablehnen, die die Einnahmen des Landes schmälern könnten³¹. Damit hat sie zugleich die Kriterien geliefert, an der die Amtszeit der neuen Regierung bei der nächsten Landtagswahl gemessen werden wird.

Die Linken, Grünen und Piraten bilden die neue Opposition. Das Verhalten der Linkspartei wird davon abhängen, ob sie nach den nächsten Landtagswahlen wirklich eine Koalition mit der SPD anstrebt. Plant sie ein rot-rotes Bündnis unter der Führung von *Heiko*

31 Vgl. die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Saarlandes „Chancen nutzen. Zusammenhalt bewahren. Eigenständigkeit sichern. Gemeinsam Verantwortung tragen für unser Saarland“, Landtag des Saarlandes, PlPr. 15/3 vom 15. Mai 2012, S. 23 – 38.

Maas, wird sie die Rolle einer konstruktiv-kritischen Opposition spielen und insbesondere die sozialen Belange der Saarländer aufzugreifen wissen. Angesichts der zu erwartenden Einsparungen wird sie darauf achten müssen, dass die Leistungskürzungen und Umverteilungen fair erfolgen. Nicht nur wegen der Antipathien zwischen *Lafontaine* und *Maas*, sondern auch wegen *Lafontaines* fortgeschrittenen Alters muss sie sich spätestens Mitte der Wahlperiode auch personell neu aufstellen. Die Grünen an der Saar drohen im Wettbewerb mit den Piraten wieder aus dem Parteienwettbewerb verdrängt zu werden. Um überleben zu können, müssen sie wesentlich stärker als in den vergangenen Jahren eine inhaltlich konstruktive, nachhaltige Basisarbeit leisten und wieder lernen, ihre Kernanliegen der Wählerschaft zu vermitteln. Wegen der zu erwartenden haushaltspolitischen Engpässe sowie der rapiden Strukturveränderungen im Saarland stehen sie vor einer großen Herausforderung. Die Piratenpartei muss zunächst die parlamentarischen Spielregeln lernen. Ihr Hauptanliegen, sich für mehr Bürgerbeteiligung und Basisdemokratie einzusetzen, ist bereits in den Koalitionsvertrag der neuen Regierungsmehrheit aufgenommen worden.

6. Zusammenfassung

- (1) Die Sozialstruktur des Saarlandes begünstigt traditionell die Wählerrekrutierung der CDU. Dagegen begrenzen die bundespolitischen Einflüsse die Wahlchancen von CDU und FDP.
- (2) Im Gegensatz zur vorausgegangenen Landtagswahl bestimmten diesmal stärker landespolitische Themen den Parteienwettbewerb im Saarland. Arbeitslosigkeit, die Verschuldung des Landes, die Schulpolitik sowie die Aufkündigung der Jamaika-Koalition waren die vorherrschenden Themen im Wahlkampf. Sieben von zehn Wählern waren mit „Jamaika“ unzufrieden, nahezu jeder zweite wünschte sich ein Regierungsbündnis aus CDU und SPD.
- (3) Der neue Saarländische Landtag ist mit fünf Parteien wieder genauso stark fragmentiert und polarisiert wie sein Vorgänger. Die CDU kommt auf 19 Mandate und bleibt stärkste Partei im Landtag. Die SPD gewinnt leicht hinzu und stellt nun 18 Abgeordnete. Die Linkspartei verfügt über acht, die Grünen über zwei Sitze, während die FDP ihre parlamentarische Vertretung verliert. Die Piratenpartei zieht mit vier Mandaten erstmals in das Parlament ein, während die FDP ihre parlamentarische Vertretung verliert.
- (4) Die CDU kann sich knapp behaupten und die Ministerpräsidentin der ersten Großen Koalition im Saarland stellen. Das Profil ihrer Wählerschaft hat wieder traditionellere Züge angenommen. Je älter die Saarländer sind und je regelmäßiger sie in die Kirche gehen, desto größer ist die Unterstützung für die CDU, vor allem auf dem Land.
- (5) Die SPD gehört zu den Gewinnern der Wahl. Obwohl sie sechs Punkte hinzugewann, mehr Saarländer *Heiko Maas* gegenüber *Annegret Kramp-Karrenbauer* im Amt des Ministerpräsidenten bevorzugten, blieb sie deutlich hinter der CDU zurück.
- (6) Die Symbolfigur der Linkspartei im Saarland ist nach wie vor *Oskar Lafontaine*. Wie schon 2009 bindet er einen großen Teil der linken Wählerschaft. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeitslose bilden die Kernklientele der Partei.
- (7) Die FDP wurde von den Wählern für das Verhalten ihrer Mandats- und Funktionsträger im Land flächendeckend abgestraft. Sie erlebte ein Desaster. Noch nie wurde ein steilerer Absturz einer Partei bei Landtagswahlen in der Bundesrepublik beobachtet.

- (8) Die Beteiligung der Grünen an der CDU-geführten Koalition wurde von den Wählern nicht honoriert. Sie schafften nur knapp den Einzug in den neuen Landtag. In fast zwei Drittel der Gemeinden scheiterten sie an der Fünf-Prozent-Hürde. Von den 18- bis 29-Jährigen votierten nicht einmal halb so viele für die Grünen wie für die Piratenpartei.
- (9) Die Piratenpartei ist der große Gewinner der Wahl. Da die Regierungszusammensetzung schon vor der Wahl praktisch feststand, konnten viele der mit den etablierten Parteien unzufriedenen jüngeren Saarländer ohne Risiko eine neue Alternative testen.
- (10) Im Saarland besteht nunmehr ein vergleichsweise polarisiertes, symmetrisches Vielparteiensystem.

Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 6. Mai 2012: SPD, Grüne und SSW bilden erste Dänen-Ampel

Patrick Horst

Die Schleswig-Holsteiner wurden im Mai 2012 erneut vorzeitig zu den Wahlurnen gerufen – anders als nach dem Bruch der Großen Koalition 2009 hatte das vorzeitige Ende der Wahlperiode diesmal jedoch im engeren Sinne keine politischen Gründe. Auslöser der Neuwahl war ein Urteil des Landesverfassungsgerichts, das Teile des Wahlgesetzes für verfassungswidrig erklärt hatte. Die Ein-Stimmen-Mehrheit der schwarz-gelben Koalition, die sich der für verfassungswidrig befundenen Regelung im Wahlrecht verdankte, ließ das Gericht unangetastet, trug dem Parlament jedoch eine Wahlrechtsreform und Neuwahl bis spätestens 30. September 2012 auf.¹ CDU, FDP und SPD einigten sich im März 2011 auf einen Kompromiss, der die Zahl der Wahlkreise von 40 auf 35 reduziert und den vollständigen Ausgleich der Überhangmandate vorsieht, wodurch der mögliche Verzerrungseffekt des bisherigen Wahlrechts beseitigt wurde.² Zeitgleich verständigten sich die politischen Kontrahenten auf den 6. Mai 2012 als Wahltermin. Der ersten schwarz-gelben Koalition seit Anfang der 1970er Jahre in Schleswig-Holstein war deshalb, wie sich zeigen sollte, nur ein kurzes Interregnum von zweieinhalb Jahren vergönnt.

- 1 Siehe Schleswig-Holsteinisches Landesverfassungsgericht, LVfVG 3/09, 30. August 2010. Zu einer eingehenden Diskussion der mit dem alten Wahlrecht verbundenen Probleme siehe *Eric Linhart / Harald Schoen*, Überhang- und Ausgleichsmandate in Schleswig-Holstein: Unklares Wahlrecht und Reformvorschläge, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 290 – 303.
- 2 Vgl. die Plenardebatte des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 24. März 2011 mit den dazugehörigen Drucksachen, PlPr. 17/45, S. 3789 – 3814. Die nur geringfügige Reduzierung der Wahlkreise beseitigte das Problem der Überhangmandate nicht grundsätzlich. Weil also nach wie vor eine Vergrößerung des Landtages durch Überhang- und Ausgleichsmandate möglich ist, wurde die Bestimmung über die Sollgröße von 69 Abgeordneten aus der Verfassung gestrichen und ins Wahlgesetz geschrieben.